



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 24. April 2018**

Vorlagen-Nr. 18-F-05-0018

**Bürgernahe Ordnungspolitik statt kooperationsverschuldetes Chaos  
- Antrag der Fraktion FDP vom 10.04.2018 -**

Bedingt durch die Umstrukturierung und die Aufteilung der städtischen Ordnungskräfte in Stadtpolizei und Verkehrspolizei ist nicht nur ein undurchsichtiges Kompetenzengeflecht entstanden, sondern auch die Einsatzbereitschaft der kommunalen Verkehrspolizei deutlich eingeschränkt worden. Der Berichterstattung (WK vom 30.03.) war zu entnehmen, dass Halteverbotszonen, die von Anwohnern ordnungsgemäß beantragt und bezahlt wurden, städtischerseits nicht freigehalten werden können und die Stadt Antragssteller auf ihren Kosten sitzen lässt. Da dieses nicht das erste Mal ist, dass die - aus Kooperationsraison - vorgenommene Zerschlagung der Ordnungsbehörde zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger führt wolle der Ausschuss daher beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Stadtpolizei und Kommunale Verkehrsbehörde wieder in eine Institution zusammenzuführen.

---

**Beschluss Nr. 0062**

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2018

Volk-Borowski  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2018

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .04.2018

Dezernat II  
Dezernat V  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister